

Telekommunikation:

Geplant ist die Einrichtung von 38,2 Mio. Telefonanschlüssen. Bis zum Jahre 2010 sollen 48,2% der Bevölkerung einen Telefonanschluß haben.

Industrie:

Im Zentrum der industriellen Entwicklung sollen die chemische und petrochemische Industrie stehen sowie Industriezweige, die die Entwicklung der Landwirtschaft unterstützen. Ihre Produktionskapazität soll drastisch erhöht werden. Weiterhin ist die Renovierung der zwei Eisen- und Stahlkombinate von zentraler Bedeutung in Shaoguan und Guangzhou vorgesehen sowie der Neubau des Eisen- und Stahlkombinats Zhujiang. Auch der Bau einer großen Produktionsanlage für Glas ist geplant.

Außenwirtschaftliche Öffnung und Handel:

Die exportorientierte Industrieentwicklung soll weiter gestärkt werden. Das bestehende Außenhandelssystem werde weiterentwickelt innerhalb eines Rahmens starker Unternehmensgruppen und Industrieunternehmen als Rückgrat. Die Provinz beabsichtigt, die östlichen und westlichen Gebiete sowie die Bergregionen weiter zu öffnen, damit diese arbeitsintensive Industrien absorbieren können, die sich aus den Küstengebieten zurückziehen. Gleichzeitig werde sich der High-Tech-Industriegürtel am Perlfuß-Delta formieren. Die Sonderwirtschaftszonen und offenen Küstenregionen werden sich auf die Entwicklung von High-Tech, large-scale sowie wirtschaftlich effizienten und ökologisch verträglichen Industrien konzentrieren.

Reibungslos laufende, vielfältig offene Marktwirtschaft:

Es soll ein Dienstleistungs- und Handelssystem mit Guangzhou als Zentrum aufgebaut werden, das die Städte und ländlichen Gebiete sowie Groß- und Einzelhändler verbindet. Gute Qualität und guter Service sollen betont werden, um den Absatz von Produkten aus Guangdong auf anderen Märkten zu verbessern.

Dienstleistungsindustrie:

Mit einer jährlichen Wachstumsrate von 14,6% jährlich soll die Dienstleistungsindustrie gestärkt werden. Bis zum Jahr 2010 soll das Outputverhältnis von Landwirtschaft, Industrie und Bauwesen sowie Dienstleistungsindustrie 5:31:64 betragen.

Entwicklung von Wissenschaft und Technologie:

Bis zum Jahre 2010 soll durch Technologieentwicklung ein Beitrag von 50% zum wirtschaftlichen Wachstum geleistet werden. Geplant ist, die Produktivität pro Arbeitskraft um 10,2% pro Jahr zu erhöhen. Die Zahl des wissenschaftlichen Forschungspersonals soll von derzeit 29.800 auf 720.000 gesteigert werden. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Finanzmittel für Forschung und Entwicklung von derzeit 0,39% auf 4% des BIP vorgesehen.

Investitionen:

Der jährliche Anteil für Investitionen in Anlagevermögen soll durchschnittlich 28,7% betragen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Nutzung ausländischen Kapitals um jährlich 11,1% erhöht werden. Außerdem soll die Finanzierung über Aktien und Renten verstärkt werden.

Bevölkerungskontrolle und Lebensstandard:

Bis zum Jahr 2010 soll die Einwohnerzahl nicht 80 Mio. übersteigen. Ein Anteil von 90% der Bevölkerung erfreue sich bis zu diesem Zeitraum eines sozialen Gesundheitsversorgungssystems. Außerdem soll die Wohnfläche pro Einwohner in den Städten bis dahin 25 Quadratmeter betragen und pro Kopf ein Konsumniveau von 7.100 Yuan (Basis: Preise 1990) erreicht werden.

Ob Guangdong diese ehrgeizigen Pläne realisieren kann, bleibt abzuwarten. In den letzten 14 Jahren der Wirtschaftsreformen hat sich die Provinz jedoch besonders dynamisch entwickelt und weist in den Sonderwirtschaftszonen bereits ein vergleichbares Entwicklungsniveau wie andere asiatische Boomtowns auf. -schü-

*(37)

Banken sollen Zinssätze bald selbst bestimmen können

Chen Yuan, stellvertretender Gouverneur der chinesischen Zentralbank, kündigte die Einführung eines Systems flexibler Zinssätze an. Die Reform soll in zwei Schritten erfolgen und zunächst den Finanzinstitutionen, die nicht direkt dem Bankensektor zugehören, das Recht auf autonome Bestimmung der Soll- und Habenzinsen einräumen. Hierdurch soll die Grundlage für eine

spätere marktmäßige Bildung der Zinssätze geschaffen werden. In dieser ersten Phase unterliege die Festlegung der Zinssätze der Spezialbanken jedoch noch der Kontrolle durch die Zentralbank.

In der zweiten Phase soll der Marktmechanismus für die Bildung der Zinssätze gelten, die Zentralbank jedoch noch über die Vorgabe von Bandbreiten regulierend eingreifen können.

Bereits heute sollen die staatlichen Spezialbanken über bestimmte eingeschränkte Rechte zur Bestimmung ihrer Zinssätze verfügen, während die nicht dem Bankensektor zugehörigen Finanzinstitutionen sowie die Sonderwirtschaftszonen über weitergehende Entscheidungsrechte verfügen.

Nach Einschätzung von Chen Yuan beständen gute Voraussetzungen für flexible Zinssätze, da in den letzten 14 Jahren der Reform 75% der Preise für Güter und Dienstleistungen dereguliert worden seien.

Mit Blick auf das Defizit im Staatshaushalt erklärte Chen Yuan, daß dies zukünftig über die Ausgabe von Staatsanleihen und nicht über Zentralbankkredite finanziert werden soll. Hierdurch solle eine zusätzliche Ausweitung der Geldmenge und eine damit verbundene Inflationsgefahr vermieden werden. Chen Yuan zufolge will die Zentralbank zur Steuerung der Geldmenge stärker indirekte Mittel wie Mindestreserve, Zinssätze und Wechselkurse einsetzen. (CD, 14.12.92; NfA, 30.10.92) -schü-

Taiwan

*(38)

Anerkennung zweier chinesischer Staaten durch Vanuatu?

Zwischen der Republik Vanuatu im Südpazifik und der Republik China auf Taiwan wurde am 24. September ein gemeinsames Kommuniqué zur gegenseitigen Anerkennung unterzeichnet. Vanuatu unterhält seit 1982 volle diplomatische Beziehungen mit der VR China. Nach der Unterzeichnung des Dokuments sagte Vanuatus Außen-

minister Serge Vohor in Taipei vor der Presse, daß Beijing einen gewissen Druck auf sein Land ausgeübt habe. Aber Vanuatu sei ein unabhängiger Staat und habe das Recht, "seine Partner" zu wählen. Für das Volk von Vanuatu sei Taiwan die Republik China. Sein Amtskollege Qian Fu (Fredrick Chien) erklärte, daß beide Seiten noch nicht über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gesprochen hätten. Dies dürfte der nächste Schritt sein.

Am 25. September, also einen Tag nach der Unterzeichnung des genannten gemeinsamen Kommuniqués, erklärte die Regierung von Vanuatu, daß sich die "Anerkennung" nur auf Handelsbeziehungen beschränke und dies die guten Beziehungen Vanuatus mit Beijing nicht beeinflusse. Beijings Vizeminister für Außenwirtschaft und Handel, Wang Wendong, der gerade Vanuatu besuchte, äußerte, seine Regierung sei nicht gegen Handelskontakte zwischen dem südpazifischen Land und Taiwan. Das Außenministerium in Taipei besteht auf der politischen Bedeutung des von beiden Außenministern unterzeichneten gemeinsamen Kommuniqués zur gegenseitigen Anerkennung. Die Nuancierung in der Anerkennung zweier chinesischer Staaten durch Vanuatus Regierung erfolgte unmittelbar auf die Zusage Beijings, Vanuatu eine Entwicklungshilfe von 3,6 Mio. US\$ zu gewähren. (LHB, 25.-26.9.92; 30.9.92)

Bislang "suspendierte" (brach ab) Beijing die diplomatischen Beziehungen zu dem Land, das volle diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufnahm. Anfang Februar d.J. hatte Lettland trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit Beijing Taiwan erlaubt, den Status der "Mission der Republik China" in Riga auf Generalkonsulatsebene anzuheben. Daraufhin verzichtete Beijing auf die Errichtung einer Botschaft in Riga - wörtlich heißt es, "die chinesische Botschaft in Riga werde vorläufig zurückgezogen". Vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Lettland ist nicht die Rede. Sofern Vanuatu keine vollen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufnimmt, wird Beijing wahrscheinlich seine diplomatischen Beziehungen zum südpazifischen Inselstaat auch nicht abbrechen. In Taiwan will man im Fall Vanuatu eine klare Aner-

kennung zweier politischer Gebilde oder zweier Regierungen Chinas durch ein Drittland sehen. Mit diesem Präzedenzfall hofft man auch auf eine Durchbrechung der internationalen politischen Isolation Taiwans. (ZYRB, 26.9.92)

Taiwan unterhält zur Zeit volle diplomatische Beziehungen mit 29 Staaten. In einigen Staaten ohne diplomatische Beziehungen wie z.B. Angola, Saudi-Arabien, Singapur, USA, Japan und Philippinen können die halbamtlichen Vertretungen Taiwans auch unterschiedliche diplomatische Privilegien genießen. (ZYRB, 31.8.92) In Lettland hat Taiwan, wie erwähnt, ein Generalkonsulat. -ni-

*(39)

Nationalfeiertag in Volksfeststimmung

Am 10. Oktober feierte die Republik China auf Taiwan ihren 81. Gründungstag. An diesem Tag im Jahre 1911 wurde die Kaiserregierung der Qing-Dynastie durch die Revolution unter der Führung von Sun Yixian (Sun Yat-sen), Vater der Guomindang (Kuomintang) und der Republik China, gestürzt. 1949 verlor die Guomindang-Regierung im Bürgerkrieg das chinesische Festland an die KPCh. Seitdem regiert die Republik China nur noch Taiwan sowie die kleinen Inseln Jinmen (Kinmen oder Quemoy) und Mazu (Matsu) vor der Küste der Provinz Fujian an der Taiwan-Straße.

In der Vergangenheit gab es anlässlich des Nationalfeiertages fast ausnahmslos eine große Militärparade in der Hauptstadt Taipei. Angesichts der politischen Liberalisierung und Demokratisierung veränderte man in diesem Jahr den Stil der feierlichen Veranstaltung. Statt der Militärparade fand ein Festzug hauptsächlich mit volkstümlichen Kapellen, Tanz und anderen künstlerischen Darbietungen statt. Am Abend des Feiertages spielte das Münchner Philharmonische Orchester auf dem großen Platz vor der Jiang-Jiehi (Chiang Kai-shek)-Gedeknhalle und zog über 30.000 Zuhörer an.

In seiner Festrede sagte Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui), daß die Besonderheit der Veranstaltung zum Na-

tionalfeiertag in diesem Jahr die Kulturdarbietungen seien. "Dies symbolisiert, daß unser Staat nach den Erfolgen der Wirtschaftsentwicklung und politischen Reform weiter in eine neue Phase des Kulturaufbaus eingetreten ist." Er mahnte die kommunistische Führung auf dem chinesischen Festland, neben der Wirtschaftsreform auch politische Reformen durchzuführen.

Als hohe Gäste nahmen u.a. der panamaische Präsident Guillermo Endara sowie die Außenminister der Staaten Guinea-Bissau und Salomon-Inseln an den Veranstaltungen des Nationalfeiertages teil. (ZYRB u. LHB, 11.10.92; FCJ, 13.10.92) -ni-

*(40)

Rücktritt zweier Kabinettsmitglieder

Infolge der Kontroverse um die Reform der Grundstücks Mehrwertsteuer ist Finanzminister Wang Jianxuan (Wang Chien-shien) zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Bai Peiyong (Pai Pei-ying, 63) ernannt; der Amtswechsel fand am 23. Oktober statt.

Wang ist als gerecht und unbestechlich bekannt. Während seiner Amtszeit als Finanzminister hat er eine Reihe von Steuerreformen durchgeführt und erregte dadurch den allgemeinen Unwillen der Unternehmer. Um die übermäßige Preissteigerung von Immobilien durch wilde Spekulationen zu bremsen, vertritt er in der neuen Diskussion über eine Reform der Grundstücks Mehrwertsteuer eine harte Linie, nämlich den tatsächlichen Kaufwert als Bemessungsgrundlage für den Steuersatz einzuführen. Bislang orientierte sich die Umsatzsteuer beim Grundstückskauf am Schätzwert der Regierung, der trotz ständiger Anpassung immer weit unter dem Marktwert liegt. Nicht nur die Bodenspekulanten, sondern auch alle Grundeigentümer, große wie kleine, befürchten eine höhere Steuerbelastung, falls sich die Meinung Wangs zur Reform der Grundstücks Mehrwertsteuer durchsetzen wird. In der Folge trat Anfang Oktober eine "Anti-Wang-Welle" auf. Ein großer Teil der Abgeordneten auf allen Regierungsebenen forderte Wangs Rück-

Hongkong

*(41)

Hongkong-Gesetz der USA in Kraft

US-Präsident George Bush hat am 5. Oktober ein von Senat und Repräsentantenhaus im Mai bzw. September verabschiedetes Gesetz "US Hongkong Policy Act of 1992" unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt. Mit diesem Gesetz bekunden die USA ihre Aufmerksamkeit hinsichtlich der Rückgabe der britischen Kolonie an China im Jahre 1997. Die Achtung der Menschenrechte und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems sowie der Lebensweise in Hongkong nach 1997 stehen danach unmittelbar in Zusammenhang mit den US-Interessen in Hongkong. Als konkrete Maßnahmen sieht das Gesetz vor, daß sich die USA vor und nach 1997 aktiv darum kümmern, das Vertrauen der Bevölkerung Hongkongs in ihre Zukunft und Hongkongs Position als eines der internationalen Finanzzentren zu bewahren. Die bilateralen Beziehungen der USA mit Hongkong in bezug auf Wirtschaft, Verkehr und Kultur sollen erweitert werden. Nach der Übergabe Hongkongs werden die USA ihr Generalkonsulat in Hongkong sowie andere halbamtliche Beziehungen mit Hongkong weiter unterhalten. Ferner sollen die USA die von Hongkong nach der Wende ausgestellten Pässe und Reisedokumente anerkennen und die Anträge der Einwohner Hongkongs auf Einreise in die USA und Aufenthalt in den USA von der politischen Veränderung unbeeinflusst lassen. Das Gesetz verlangt, daß der US-Außenminister dem Kongreß regelmäßig über die Lage in Hongkong, einschließlich der Entwicklung der dortigen demokratischen Einrichtungen, berichtet. (ZYRB, 9.10.92)

tritt. Hingegen unterstützten ihn viele Akademiker und wohneigentumslose Bürger. Auch Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) nahm Wang in Schutz. Allerdings zeigte sich die Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) im Hinblick auf die bevorstehende Parlamentswahl im kommenden Dezember nicht bereit, dem Finanzminister beizustehen. Schließlich entschloß er sich zum Rücktritt, nachdem Parteivorsitzender und Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui), der selbst Agrarökonom ist, am 4. und 6. in zwei Reden öffentlich die Idee der Grundstücksmehrwertsteuer gemäß dem tatsächlichen Kaufpreis als unrealistisch bezeichnet hatte. (LHB u. CP, 2.-8.10.92; ZYRB, 3.-9.10.92; ZZ, 16.10.92; Xinxinwen, Taipei, 10.-16.10.92)

Kurz nach dem Amtswechsel des Finanzministers hat auch ein anderes Kabinettsmitglied, der Vorsitzende des Komitees für Umweltschutz, Zhao Shaokang (Jaw Shau-kong), am 30. Oktober überraschend seinen Rücktritt angekündigt. Wie Wang gilt auch Zhao als gerechter und unbestechlicher Politiker. Infolge seiner konsequenten Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung hat er sich mit vielen Unternehmen verfeindet. Nach seinem Rücktritt wird er für einen Sitz im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) bei den kommenden Wahlen im Dezember kandidieren und will dort nach seinen Aussagen den "Einfluß des Geldes auf die Politik" bekämpfen. (LHB, 31.10.92)

Zhao gilt als Faktionsführer der "Xinguomindang Lianxian" (Neue Guomindang-Allianz) innerhalb der Regierungspartei. Einige Parlamentarier dieser Gruppe wurden von der Partei nicht als Kandidaten für die neuen Wahlen im kommenden Dezember aufgestellt. So darf man die Entscheidung Zhaos als einen Protest gegen die Parteizentrale verstehen. Ferner sind Zhao wie Wang "Festländer" der zweiten Generation und gehören zum sogenannten "Feizhuliu Pai" (Nichthauptströmungsflügel) um Ministerpräsident Hao, der dem "Zuliupai" (Hauptströmungsflügel) um den Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li gegenübersteht. Daher wollen viele den Rücktritt der beiden Kabinettsmitglieder auch als Folge des Flügelkampfes innerhalb der Guomindang sehen. -ni-

Seit der Initiative des Gesetzes im US-Kongreß im September des vergangenen Jahres hat Beijing wiederholt Einwände gegenüber Washington geäußert. Nach der Unterzeichnung des Gesetzes durch Bush hat der chinesische Vizeaußenminister Liu Huaqiu den US-Botschafter in Beijing, J. Stapleton Roy, bestellt und ihm einen

Protest gegen die Aktion der USA überreicht. Liu erklärte, daß die Hongkong-Frage vor der Wende 1997 eine Angelegenheit zwischen China und Großbritannien und danach eine rein chinesische Angelegenheit sei. Washington wurde vorgeworfen, sich mit ihrem Hongkong-Gesetz in die chinesische Innenpolitik einzumischen. (XNA, 12.10.92) -ni-

*(42)

Hongkongs politische Reformen und die neue Kontroverse mit Beijing

Hongkongs neuer Gouverneur Chris Patten, der im letzten Juli in seinem Amt vereidigt wurde, hat mit seiner Antrittsrede vor dem Legislativrat (Parlament) eine neue stürmische Kontroverse zwischen der britischen Kolonie und Beijing ausgelöst. Gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 soll Hongkong am 1. Juli 1997 an die VR China zurückgegeben werden. Patten kündigte im oben genannten ersten Regierungsbericht vom 7. Oktober eine Reihe politischer Reformen innerhalb der letzten fünf Jahre der Kolonialherrschaft an. Neben der Erhöhung der Regierungsausgaben für Sozialpolitik, Forschung, Bildung, Gesundheitswesen, Hausbau und Umweltschutz sieht sein "Fünfjahresplan" eine grundlegende Änderung der Regierungsstruktur vor. Bislang sind der Legislativrat (Legco) und der Exekutivrat (Exco) zwei konstitutionelle Beratungsorgane für den Gouverneur. Beide stehen nicht nur unter dem Vorsitz des Gouverneurs, sondern haben zum Teil dieselben Personen als Mitglieder. Dies soll nach Pattens Plan geändert werden. Abgesehen von den Ex-officio-Mitgliedern kann in Zukunft niemand mehr gleichzeitig jeweils einen Sitz in beiden Organen haben. Ferner wird der Legco einen eigenen Vorsitzenden wählen und ausgedehntere parlamentarische Kontrollfunktionen gegenüber der Administration erhalten. Der neue Exco, der vom Gouverneur noch am Tage des Regierungsberichts reorganisiert wurde, besteht hauptsächlich aus parteilosen Fachleuten. Ferner soll ein nichtkonstitutionelles Organ, das "Government-Legco Committee", für die Koordination zwischen der Executive und der Legislative gegründet werden. (SCMP, 8.10.92)